

Information
über meinen Aufenthalt in Westberlin vom 21. bis 27. Januar 1979

Wie festgelegt, weilte ich vom 21. bis 27. 1. 1979 in Westberlin, um mich mit Fragen der Parteiarbeit der SEW bekannt zu machen. Ich hatte Gelegenheit zu Gesprächen mit Genossen Horst Schmitt, Vorsitzender der SEW, Mitgliedern des Büros des Parteivorstandes, den Kreisvorsitzenden von Charlottenburg, Schöneberg, Steglitz und Zehlendorf, Vorsitzenden und Leitungsmitgliedern der Hochschulgruppen der SEW der FU, der Technischen Universität, der Pädagogischen Hochschule, der Fachhochschule für Wirtschaft, mit Professoren und Assistenten der FU und der Fachhochschule für Wirtschaft sowie mit Redakteuren der „Wahrheit“.

- Zur allgemeinen Lage:

Bis jetzt hat der Wahlkampf in Westberlin einen schleppenden Verlauf genommen. Abgesehen von relativ wenigen Wahlplakaten an den Plakatsäulen und Reklameflächen sowie von Versammlungsankündigungen ist vom Wahlkampf wenig zu spüren. Die Gesprächspartner bestätigten, daß eigentlich keine richtige Wahlkampfstimmung herrscht. Dem Senat unter Stobbe ist es offensichtlich gelungen, die „Reizthemen“ vom Tisch zu bringen. Ohne großes Aufheben hat der Senat, wie mir berichtet wurde, Konfliktstoff ausgeräumt. So wurden in aller Stille Maßnahmen ergriffen, um Tarife für Kindertagesstätten zu senken, um Erleichterungen für Mieter in sogenannten Sozialwohnungen zu bewirken, um die komplizierte Lage an einigen Schulen zu verbessern, um beunruhigte Studenten an den Universitäten zu beschwichtigen. Die Linie des Senats besteht darin, nach Möglichkeit keinerlei Angriffsfläche zu bieten, und den Bürgern der Stadt das Gefühl zu vermitteln, daß man mit dem von Stobbe geführten SPD/FDP-Senat alles in allem doch zurecht kommen wird.

Die CDU findet offensichtlich keinen wirklichen Angriffspunkt und war deshalb bisher nicht in der Lage, eine politische Offensive gegen den Senat und die tragenden Parteien SPD und FDP zu führen. Man hört überall die Meinung, daß die Kandidatur des CDU-Politikers Wezsäcker ein Fehlgriff ist. Wezsäcker ist nicht der richtige Typ für Westberlin. Außerdem hat er offenkundig auch nicht die Unterstützung der rechtskonservativen Westberliner CDU-Mafia um Lummer. Allgemein werden Zweifel daran geäußert, daß es der CDU möglich sein könnte, die SPD in der Führung des Senats abzulösen.

Die SEW bemüht sich gegenwärtig, vor allem durch eine gezielte Wahlarbeit persönliche Gespräche und Gespräche im kleineren Kreis mit Arbeitskollegen von Genossen, mit Erstwählern, mit Jugendlichen, mit den Unterzeichnern der Unterschriftenlisten für die Kandidatur der SEW usw. zu führen. In dieser Hinsicht ist die Arbeit intensiver als vor Jahren. In Vorbereitung sind Treffen führender Genossen der SEW mit Arbeitern und Gewerkschaftern, mit Jugendlichen, mit Frauen, mit Lehrern, mit Beschäftigten im Gesundheitswesen sowie mit Künstlern. Die Genossen berichten darüber, daß es gegenwärtig in allgemeinen leichter ist, Wahlgespräche durchzuführen. Die Atmosphäre ist sachlicher. Die Auffassungen und Argumente der SEW werden durchaus zur Kenntnis genommen und sachlich diskutiert. Bei Jugendlichen sind allerdings in einem höheren Maße als früher Stimmungen der Resignation, der Skepsis und der Angst vor einem politischen Engagement festzustellen.

Nachdem es im vergangenen Jahr der SEW gelungen ist, eine bisher nie gekannte Solidaritätsaktion für den vom Berufsverbot betroffenen Genossen Hans Apel zu entwickeln und es im Herbst zu der von 10 000 Menschen besuchten Protestkundgebung in der Deutschlandhalle gekommen war, sind gegenwärtig verstärkte Versuche zu erkennen, einem Stimmenzuwachs für die SEW mit allen Mitteln entgegenzuwirken. So hat Bundeskanzler Helmut Schmidt persönlich am 29. Januar auf einer Betriebsräte-Konferenz der Westberliner SPD ausdrücklich dazu aufgefordert, der SEW keine Stimme für die Abgeordnetenhauswahl zu geben. Nach Presseberichten äußerte er, es wäre zum Nachteil Westberlins, wenn „zu viel verwirrte junge Leute“ der SEW die Stimme geben würden. Man müsse dafür sorgen, daß die SEW „unbedeutend“ bleibe.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Tatsache, daß dem KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands) direkte Unterstützung der staatlichen Stellen Westberlins zuteil wurde. Der KBW, der in Westberlin nur über 370 Mitglieder verfügt, war nicht in der Lage, die entsprechend dem Wahlgesetz geforderten 80 Unterschriften für jeden Kandidaten zu erbringen, obwohl im Dezember aus der BRD 600 Wahlhelfer des KBW nach Westberlin geholt wurden, um Unterschriften zu sammeln. Durch einen Entscheid des Wahlschiedsgerichtes in Westberlin wurde dem KBW eine Ausnahmeregelung zugestanden, nach der dieser Vereinigung trotz zu geringer Unterschriften die Möglichkeit der Kandidatur eingeräumt wurde.

Damit wurde auch die sogenannte „Alternative Liste“ begünstigt, die es ebenfalls nicht geschafft hatte, die laut Wahlgesetz erforderlichen Unterschriften überall zu bekommen. Hinter dem Namen „Alternative Liste“ verbirgt sich ein Sammelsurium von trotzkistischen, maoistischen und anderen scheinlinken Kräften. Obwohl sich die meisten in Westberlin existierenden Bürgerinitiativen inzwischen von dieser Liste losgesagt haben, wird der Eindruck gefördert, als handele es sich hierbei um ein Bündnis von Bürgerinitiativen. Meine Gespräche ergaben, daß offenkundig bei manchen Jugendlichen der Eindruck besteht, als sei diese „Alternative Liste“ eine durchaus wählbare linksorientierte Kraft.

Alles in allem wird die Auffassung vertreten, daß es voraussichtlich der gegenwärtig[en] im Amte befindlichen Senatskoalition möglich sein wird, ihre Positionen zu erhalten.

- Im Verlaufe meines Aufenthaltes machte ich mich vor allem mit der Situation der Parteiarbeit im Westberliner Hochschulbereich bekannt. Gegenwärtig gibt es dort über 65 000 Studenten sowie ca. 20 000 andere Beschäftigte. Die Partei verfügt in diesem Bereich über Parteiorganisationen mit einer Mitgliederzahl von rund 650 Genossen.

Insgesamt ist eine Aktivierung der Parteiarbeit zu verzeichnen. Dennoch muß man feststellen, daß die Parteikräfte an den Westberliner Hochschulen derzeit noch nicht mit der notwendigen Einheitlichkeit und Zielstrebigkeit den politischen Kampf führen. Teilweise fehlt es an der erforderlichen klaren Konzeption. Auf einen Teil der Genossen wirkt der Berufsverbotsdruck. Viele unserer Genossen gehören gegenwärtig den älteren Studiensemestern an. Unter den jüngeren Semestern ist der Parteieinfluß derzeit weitaus geringer. Mit der Verabschiedung des neuen Hochschulgesetzes und der Einführung der sogenannten Regelstudienzeit sind neue Fragen aufgeworfen, auf die es noch keine ausreichende Antwort für die Entwicklung der politischen Arbeit gibt.

In einigen Parteigruppen der FU und in der Parteiorganisation an der Pädagogischen Hochschule gibt es ungeklärte ideologische Probleme. Das verstärkte Auftreten sogenannter spontaneistischer Kräfte (Spontis) unter den Studenten führt zu Problemen, mit denen gegenwärtig manche unserer Parteigruppen nur schwer fertig werden. Auch manche der von unserer Partei getragenen Aktionsgemeinschaften demokratischer und

sozialistischer Hochschulangehöriger“ (ADS) haben in der zurückliegenden Zeit Positionen eingeübt und ihr Zustand ist vielfach labil.

Aus den von mir geführten Gesprächen ergibt sich die von allen Genossen unterstützte Überlegung, daß die SEW im Laufe der nächsten Monate eine hochschulpolitische Konferenz vorbereiten und durchführen sollte, um in zusammenhängender Weise Antwort zu geben auf die neuen Fragen des Kampfes für eine demokratische Reform der Studieninhalte, für die demokratischen und sozialen Rechte der Studenten und anderer Hochschulangehöriger, für die gewerkschaftliche Orientierung des Kampfes der Studenten usw. Durch eine solche, mit einer breiten Diskussion vorbereiteten Konferenz könnte unsere Partei politisch-ideologisch in die Offensive gehen und es könnten die Voraussetzungen geschaffen werden für ein einheitliches und zielstrebiges Vorgehen der Parteikräfte in den verschiedenen Bereichen des Hochschulwesens in Westberlin.

Ein solches offensives Auftreten unserer Partei ist meines Erachtens auch deshalb unverzichtbar, weil entsprechend dem neuen Hochschulgesetz in den nächsten Monaten an den Westberliner Hochschulen Wahlen zu Studentenparlamenten und danach Wahlen zu allgemeinen Studentenausschüssen (ASTAS) bevorstehen.

Genosse Horst Schmitt, der Vorsitzende der SEW, andere Genossen des Parteivorstandes sowie die Vorsitzenden der Hochschulparteiorganisationen, mit denen ich sprach, haben diesen von mir im Ergebnis der Gespräche unterbreiteten Vorschlag unterstützt. Die Führung der SEW wird sich demnächst mit den damit zusammenhängenden Fragen befassen.

- In Gesprächen mit Redakteuren der „Wahrheit“ befaßte ich mich mit Fragen der weiteren Verbesserung der Tageszeitung unserer Partei. Obwohl es in der Entwicklung der „Wahrheit“ ohne Zweifel wichtige Fortschritte gibt, muß mit Entschiedenheit weiter daran gearbeitet werden, die Wirkung und Verbreitung der Zeitung beträchtlich zu verstärken.

Ich konnte feststellen, daß es bei den Redakteuren dazu viele interessante Gedanken und Überlegungen gibt. Durch die Führung der SEW und mit unserer Unterstützung muß jedoch dafür Sorge getragen werden, daß positive Initiativen und Anregungen der Mitarbeiter der Zeitung, von Funktionären der Partei und auch von Lesern nicht länger von der Chefredaktion ignoriert werden. Es muß erreicht werden, daß die gegenwärtig in der Redaktion vorherrschende Stimmung der Resignation durch eine Atmosphäre des gemeinsamen Kampfes für eine hohe Wirksamkeit der Zeitung abgelöst wird.

Im Einverständnis mit Genossen Horst Schmitt sowie Genossen Hans Mahle, dem Chefredakteur der Zeitung, wird im April mit uns eine interne Diskussion über die bisherigen Erfahrungen bei der Entwicklung der Zeitung und die künftigen Aufgaben stattfinden.

- Ich benutzte meine Anwesenheit, um mich mit Genossen bekannt zu machen, die zur Kaderreserve des Parteivorstandes gezählt werden müssen. In einem längeren persönlichen Gespräch mit Genossin Inge Kopp, stellvertretende Vorsitzende der SEW, die im Parteivorstand vor allem für Kaderarbeit zuständig sein wird, wurde angeregt, umgehend eine Liste von Reservekadern aufzustellen und Festlegungen zu treffen, wie sie politisch-ideologisch entwickelt und in ihrer Arbeit gefördert werden sollen. Es gibt Übereinstimmung, daß diese Arbeit von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der SEW sein wird.